

E-Control
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Per E-Mail: recht-post@e-control.at

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

Bearbeiter

Nebenstelle

Ort, Datum
Graz, 12.05.2025

**Stellungnahme zur Entwurfsfassung der Gas-Systemnutzungsentgelte-
Verordnung 2013 (GSNE-VO 2013) – 2. Novelle 2025,
Geschäftszahl R SNE G 01/25**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Energienetze Steiermark GmbH bedankt sich für die Gelegenheit, zur vorliegenden Entwurfsfassung der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 (GSNE-VO 2013) – 2. Novelle 2025 Stellung nehmen zu dürfen.

Die im vorliegenden Verordnungsentwurf vorgesehene Differenzierung der Pauschalentgelte für die Trennung von Hausanschlüssen gemäß § 18 Abs. 1 Z 2 lit. c–e wird begrüßt. Die jeweilige Unterscheidung, u.a. nach Art des Untergrundes und nach dem Ausmaß der Demontage, ist sachlich geboten und wesentlich für eine verursachungsgerechte Entgeltgestaltung.

Aus Sicht als Verteilernetzbetreiber bestehen jedoch erhebliche Bedenken hinsichtlich der Angemessenheit der vorgesehenen Entgelthöhen, da die im Verordnungsentwurf vorgesehen Beträge nicht die in der Praxis anfallenden Kosten abdecken werden. Hierzu möchten wir näher ausführen:

Die Trennung von Hausanschlüssen erfolgt entsprechend der **technischen Vorgaben der ÖVGW-Richtlinie G B111**. Diese schreibt im Regelfall eine physische Trennung direkt an der Verteilerleitung vor, was regelmäßig mit Grabungsarbeiten im öffentlichen Bereich sowie aufwändigen Rohrbau- und Sicherheitsmaßnahmen verbunden ist. **Die pauschalen Ansätze des Verordnungsentwurfes vernachlässigen diese technisch bedingten Komplexitäten.** Aktuelle Erfahrungswerte aus der Praxis zeigen, dass die **durchschnittlichen Kosten deutlich über den im Verordnungsentwurf vorgesehenen Pauschalen** von 700 € (für unbefestigten Untergrund) bzw. 1.500 € (für befestigten Untergrund) liegen.

Die im Entwurf vorgesehene Entgeltstruktur würde demzufolge zu einer systematischen Unterdeckung führen und birgt die Gefahr eines dauerhaft nicht gedeckten Aufwands als Netzbetreiber.

Aus den genannten Gründen möchten wir die Berücksichtigung der nachfolgenden Punkte anregen:

- **Verankerung der technisch maßgebenden ÖVGW-Richtlinie in der GSNE-VO**

Die ÖVGW-Richtlinie G B111 ist als anerkannte technische Regel der Branche explizit in der Verordnung zu verankern, um eine klare Bezugnahme auf die tatsächlich zu erbringenden Leistungen und die damit verbundenen Kosten zu schaffen.

- **Klarstellung hinsichtlich Pauschalen und tatsächlich anfallenden Stilllegungskosten**

Die Verordnung sollte klarstellen, dass die genannten Pauschaltarife nur jene Leistungen abdecken, die von Kunden zu tragen sind. Darüberhinausgehende, tatsächlich anfallende Leistungen iZm den Trennungsmaßnahmen sind als Stilllegungskosten dem Netzbetreiber zuzurechnen.

- **Regulatorische Anerkennung der Stilllegungskosten**

Es bedarf einer ausdrücklichen Regelung, dass weitergehende, sachlich begründete und dokumentierte Aufwendungen iZm den Trennungsmaßnahmen im Rahmen des ECA-Kostenermittlungsverfahrens als anerkennungsfähige Stilllegungskosten zu berücksichtigen sind.

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Anmerkungen.

Freundliche Grüße

